

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 64 (1977)
Heft: 3

Artikel: Versuch einer Standortbestimmung unserer schweizerischen Bildungspolitik
Autor: Gschwend, Hanspeter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-526615>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was meinen Sie dazu?

Versuch einer Standortbestimmung unserer schweizerischen Bildungspolitik

Unter dem Titel «Bildung in der Schweiz» bringt die «Weltwoche» eine Serie von Beiträgen über die schweizerische Bildungspolitik der Gegenwart. Hanspeter Gschwend hat sie mit dem Aufsatz «Ende einer Euphorie?» eröffnet. Wir drucken daraus einen Ausschnitt ab und fragen: Was meinen Sie dazu?

«Gesamtschweizerisch kann von Bildungseuphorie in den letzten zehn Jahren keine Rede sein. Nun sind die traditionellen Hauptträger unseres Bildungswesens allerdings nicht der Bund, sondern die Kantone, Gemeinden, die Wirtschaft und die Verbände. Auch hier ist jedoch nur sehr wenig geschehen. Verbesserung der Lehrerbildung da und dort, vereinzelte Schulversuche, partielle Neuerungen in der Lehrlingsausbildung, ein etwas erweitertes Angebot an Weiterbildung und in gewissen Regionen ausgebaute Beratungsdienste in Erziehungs- und Berufswahlfragen sind nicht mehr als Zeichen einer bescheidenen, langsam und zäh voranschreitenden Evolution. Das gab es schon vorher, und was sich aus den vorwiegend papierenen Überresten der Jahre 68 bis 73 an Neuem ablesen lässt, ist höchstens diffuser Optimismus, eingebettet im materiellen Wohlstand der Hochkonjunktur und gefördert vom Bedarf der Wirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften.

Daneben aber haben sich die Gegenkräfte durchaus wirksam, wenn auch viel diskre-

ter, durchgesetzt. Schulkoordination und Bildungsartikel beispielsweise sind nicht an zuviel, sondern an zuwenig Euphorie gescheitert. Trotz eindrücklicher Mehrheiten für die Bildungsartikel in National- und Ständerat, haben sich nur wenig Parlamentarier im flauen Abstimmungskampf für die Vorlage aktiv engagiert. Für das sogenannte Aktionskomitee sind in der ganzen Schweiz nicht mehr als 10 000 Franken gesammelt worden. (Die üblichen Geldgeber, vor allem die Wirtschaft, bringen für Vorlagen, die sie interessieren, zwischen 500 000 und einer Million Franken auf.)

Nicht Bildungsbegeisterung, vielmehr Angst vor Bildung beherrschte in den sechziger Jahren so gut wie heute die Szene. Im Unterschied zu heute kam sie allerdings nur verschleiert zum Ausdruck – in dieser Form aber häufig genug. Warnungen vor «super-gescheiten Höhenflügen», vor «hehren Vorstellungen, die in diesem Hause offenbar herrschen», vor «Versprechen, die man nicht halten kann», Orakel vom «Vorgeschmack einer sozialistischen Welt» finden sich im stenografischen Bulletin der Bundesversammlung von 1972 zuhauf und gipfeln in der prägnanten ständerätlichen Sentenz: «Wir können nicht alles wollen, und wir wollen nicht alles können.»

Besonders eindrücklich zeigt sich die Angst vor Bildung in der Auseinandersetzung «Recht auf Bildung» oder «Recht auf Aus-

bildung». Wahnvorstellungen produzieren dabei nicht die Befürworter des «Rechts auf Bildung»; geradezu grotesk hingegen muten die Warnungen vor einer verheerenden Flut von Klagen auf Hochschulbildung für jedermann an. Woher diese Angst – gerade bei den Leuten, die gleichzeitig nicht müde wurden, die Vorzüglichkeit unseres Bildungswesens zu preisen und deshalb eigentlich getrost dem verfassungsmässigen Segen hätten entgegenblicken können? Glaubten sie vielleicht insgeheim doch nicht, dass in unserem Bildungswesen alles zum besten bestellt sei?

Unser Bildungswesen geht im wesentlichen auf das neunzehnte Jahrhundert zurück. Die politische, wirtschaftliche und geistige Elite unseres Landes erbrachte damals eine zu recht gepriesene Parforce-Leistung in Sachen Bildungsreform. Weder damals noch später warf jemand den Verantwortlichen Bildungseuphorie vor. Wie sollte man auch? Die damalige Bildungsreform entsprach den politischen und wirtschaftlichen Interessen unserer Vorväter so gut wie dem ihrer Erben in und hinter unseren Parlamenten. Für das bescheidene Frühlingserwachen in den letzten zehn Jahren trifft dies offensichtlich nicht mehr zu. Dass ein mündiger Bürger und flexibler Berufsmann in unserer Zeit mehr Bildung braucht als vor hundert Jahren, wird nicht zur Kenntnis genommen – oder fürchtet man sich vor seiner Mündigkeit? Jedenfalls ist das, was heute als Realpolitik gegenüber einer Euphorie der sechziger Jahre erscheinen will, nichts anderes als der Versuch, die rückläufige Wirtschaftsentwicklung als Alibi für ein Treten an Ort oder gar für Rückschritt zu benützen. Was man zu Wohlstandszeiten ohne Blamage nicht mehr offen vertreten durfte, erscheint heute als Rückkehr zur Vernunft und wird dank der latenten Bildungsangst in den meinungsbestimmenden Kreisen so gut wie im «breiten Volk» dankbar applaudiert.

Immerhin: Trotz all diesen Schwierigkeiten

hat es nie totalen Stillstand gegeben. Eine langsame und bescheidene Grundströmung der Entwicklung war schon immer da und geht weiter. Auch dafür gibt es Anhaltspunkte. Entwürfe für ein neues Berufsbildungs- und ein neues Hochschulförderungsgesetz sind durch die Vernehmlassung gegangen. Bereits laufen Vorarbeiten für neue Bildungsartikel. Der Wissenschaftsrat versucht erstmals, in einem neuen Ausbaubericht vor allem qualitative und übergreifende Fragestellungen zu verfolgen, und auch im Bildungsalltag der Schulen, Ausbildungsstätten und Weiterbildungsorganisationen bleibt nicht ganz alles beim alten.

Wie weit kann diese Einsicht optimistisch stimmen? Kann der sogenannte schweizerische Pragmatismus den bildungspolitischen Aufgaben, die sich längst gestellt haben und die nur wachsen können, noch genügen? Ist in unserem Land überhaupt genügend Spielraum für notwendige Neuerungen vorhanden? Vermögen Bund, Kantone, Gemeinden, Wirtschaft und Verbände sich je wieder zu einer zeitgemässen Arbeits- und Kompetenzaufteilung durchzuringen? Können die Vertreter von Einzelinteressen je falsche Konkurrenzangst, kurzsichtige Gruppenpolitik und Prestigedenken überwinden? Werden je Praktiker und Politiker im Bildungswesen am selben Strick ziehen? Werden je Pädagogen unterschiedlicher Stufen und divergierender «Glaubensbekenntnisse» interne Querelen und Statusängste im Interesse übergreifender Aufgaben vergessen und vereint der Bildungspolitik die notorisch ausbleibenden geistigen Impulse vermitteln? Wird man je Bildungswissenschaftler anders denn als potentielle Unruhestifter und Verunsicherer betrachten? Werden je die direkt Betroffenen, die «Bildungsabhängigen» jeden Alters, sich gegen die Vernachlässigung ihrer Interessen konsequent zur Wehr setzen? – Wenig spricht dafür, alles ist im Interesse unserer Zukunft zu hoffen.»

Hanspeter Gschwend

Eine dringende Bitte an unsere Abonnenten

Werben Sie in Ihrem Bekanntenkreis für Neuabonnenten der «schweizer schule». Wenn unsere Zeitschrift überleben soll, bedarf es Ihrer Mithilfe. Werbematerial und Probenummern können auf der Administration angefordert werden (siehe Impressum S. 42).

Besten Dank und freundlichen Gruss

Ihr CH